

## **Rede Hermann Scheers bei der “Preparatory Conference for the Foundation of the International Renewable Energy Agency (IRENA)”, 10. und 11. April 2008**

### **Benefit sharing statt burden sharing.**

### **Die politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Gründe für eine IRENA.**

Immer offenkundiger wird, im weltweiten Maßstab, dass die Perspektive der Energieversorgung bei den erneuerbaren Energien liegt. Die Grenzen der konventionellen Energieversorgung – dazu zähle ich die fossilen Energien und die Atomenergie – sind zu offensichtlich. Die Weltzivilisation steht deshalb heute an einer Wasserscheide.

Es ist zum einen die Ressourcengrenze, da die Endlichkeit der Reserven an Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran unbestreitbar ist. Gleichzeitig wächst der Energiebedarf der Menschheit schneller als es Fortschritte im Energiesparen und in der Steigerung der Energieeffizienz gibt. Die Kurve der Reserven senkt sich, aber die Kurve des Energiebedarfes steigt im weltweiten Maßstab - auf Grund wachsender Weltbevölkerung und der unabwiesbaren Bedarfssteigerung in den sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländern. Die Folge sind Preissteigerungen, damit verbundene wirtschaftliche Engpässe und soziale Belastungen für immer mehr Volkswirtschaften und deren Menschen. Die Frage des Zugangs zu Energiequellen wird zum internationalen Politikum. Erneuerbare Energien sind demgegenüber unerschöpflich, und mit Ausnahme der Bioenergie ist die Primärenergie kostenfrei.

Die direkten Kosten herkömmlicher Energien können nur steigen, demgegenüber können die Kosten für erneuerbare Energien nur sinken. Alle Kosten für erneuerbare Energien sind Kosten für die dafür erforderliche Technik und nicht mehr für Brennstoffe. Lediglich die Primärenergie aus der Biomasse führt zu Brennstoffkosten weil die dafür erforderliche land- und forstwirtschaftliche Arbeit bezahlt werden muss. Technikkosten sinken mit der Massenproduktion der Anlagen und der Produktivitätssteigerung der eingesetzten Techniken. Die Spielräume für solche Produktivitätssteigerungen sind bei den Techniken für erneuerbare Energien besonders groß, weil es sich überwiegend noch um junge Technologien handelt.

Heutige Mehrkosten für erneuerbare Energien, soweit noch gegeben, sind die Voraussetzung für Kostengünstige und überall verfügbare Energie in der Zukunft für alle. Diese hoffnungsvolle Zukunft liegt näher als viele denken, die Jahrzehnte lang das Potenzial erneuerbarer Energien ignoriert oder unterschätzt haben. Diese Unterschätzung gilt für fast alle: Für die Regierungen, für die Energiewirtschaft und auch für die Wissenschaft.

Die zweite Grenze der konventionellen Energieversorgung ist ökologisch vorgegeben. Selbst wenn noch neue große Reserven konventioneller Energien in großem Ausmaß gefunden würden, kann sich die Weltzivilisation nicht mehr leisten, diese zu fördern und zu verbrennen. Die Belastbarkeit der Ökosphäre ist bereits jetzt überschritten. Wir müssen also vor der Erschöpfung der jetzt bekannten Potenziale den Wechsel zu erneuerbaren Energien realisieren. Dies ist ein Zeitfenster von vielleicht vier Jahrzehnten, das wir zur Verfügung haben. Das heißt, wir sind in einem Wettlauf mit der Zeit.

Es handelt sich um die größte Herausforderung für Wirtschaft und Gesellschaft seit Beginn des Industriezeitalters. Sie ist nicht alleine davon bestimmt, dass der Klimawandel aufgehalten werden muss. Selbst wenn es das eklatant werdende Klimaproblem durch den Einsatz fossiler Energien nicht geben würde, wäre das Weltenergiesystem keineswegs intakt. Es blieben immer noch das wachsende Verfügbarkeitsproblem und zahlreiche weitere unmittelbare Umweltprobleme. Ökonomisch betrachtet handelt es sich hier bei um indirekte, externe Kosten der konventionellen Energieversorgung, die sich nicht in den Energiepreisen widerspiegeln. Dennoch müssen sie bezahlt werden. Mit erneuerbaren Energien ist es möglich, diese Kosten weitgehend zu vermeiden, sie also den Gesellschaften zu ersparen.

Diese Herausforderung anzunehmen gilt im Allgemeinen als ökonomische Last. Diese Annahme prägt die internationale Energiediskussion. Ich halte diese Annahme für kurzfristig. Der Wechsel zu erneuerbaren Energien führt zu mehreren wesentlichen politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen – also zu Vorteilen. Diese werden übersehen, wenn das wirtschaftliche Kriterium der Energieversorgung nur ein mikroökonomisches ist und dann nur isolierte

Kostenvergleiche von Energieinvestitionen der Maßstab sind. Bei einer volkswirtschaftlichen, beziehungsweise makroökonomischen Betrachtung sieht die Bewertung anders aus.

Die makroökonomischen benefits sind evident. Aber ein makroökonomischer Vorteil kann nicht gleichzeitig ein mikroökonomischer Vorteil für alle Wirtschaftsteilnehmer sein. Deshalb ist die politische Handlungskunst gefragt, um durch die richtigen politischen Instrumente die makroökonomischen Vorteile in einzelwirtschaftliche Anreize zu übertragen. Dieses ist auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien beispielhaft praktiziert worden mit dem deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetz, das auch als feed-in-tariff law bekannt ist. Weil die erneuerbaren Energien gesamtwirtschaftliche und damit gesamtgesellschaftliche Vorzüge haben, sind sie in Deutschland – zunächst im Strommarkt – gesetzlich privilegiert worden. Es gibt einen garantierten Netzzugang für Strom, der aus erneuerbaren Energien produziert ist. Und es gibt eine garantierte Einspeisevergütung, die dem Produzenten für erneuerbare Energien Investitionssicherheit gibt. Damit sind für Investitionen für erneuerbare Energien alle Markthindernisse beseitigt so dass ein starker Anreiz für Investitionen entstanden ist.

Heute ist klar und von Monat zu Monat klarer: die Zukunft liegt bei erneuerbare Energien. Aber die meisten Länder sind darauf nicht ausreichend vorbereitet. Das Bewusstsein auch unter den Regierungen, dass auf erneuerbare Energien gesetzt werden muss, ist erst in den letzten Jahren gewachsen. Deshalb hinkt die praktische Umsetzung hinterher. Nur wenige Länder haben bisher wirklich ambitionierte policies und verfügen über die erforderlichen wissenschaftlich-technischen und industriellen Voraussetzungen.

Dies verwundert nicht, weil eben jahrzehntelang erneuerbare Energien in der Energiediskussion keine Rolle spielten oder völlig unterschätzt worden sind. Die Folge der Unterschätzung war, dass auch auf der Ebene der internationalen Politik die erneuerbaren Energien nicht ausreichend gewürdigt worden sind.

In den 50er Jahren galt das ganze Augenmerk der Atomenergie. Bei dieser war es umgekehrt zu erneuerbaren Energien: die Möglichkeiten wurden überschätzt, und die

damit verbundenen Risiken unterschätzt. Aber nahezu alle Länder orientierten ihre Energieperspektiven auf die Atomenergie. Dazu wurden 1957 gemeinsame internationale Institutionen geschaffen. Innerhalb des damaligen Westeuropa EURATOM und im Weltmaßstab die Internationale Atomenergieagentur. Die Gründung dieser Agentur wurde von der UN begrüßt, aber sie wurde nicht als UN Organisation gegründet. Bei ihrer Gründung waren noch keineswegs alle UN-Staaten Mitglied.

Die Atomenergieagentur hat nicht nur die Aufgabe, den Missbrauch von atomaren Materialien zu militärischen Zwecken zu unterbinden – eine Aufgabe die für eine IRENA nicht nötig ist. Sie hat auch die Aufgabe, Regierungen bei der Entwicklung von Atomenergieprogrammen zu unterstützen, den Technologietransfer zu fördern und in den Ländern human resource capacities heranzubilden. Die Existenz der IAEA mit etwa 2.000 Mitarbeitern und einem Jahresbudget von über 250 Mio. \$ ist für sich schon ein ausreichender Grund eine Balance zu erneuerbaren Energien herzustellen und dafür IRENA zu etablieren.

Die IAEA besteht seit einem halben Jahrhundert. Die Forderung nach einer Agentur für erneuerbaren Energien ist erstmals vor 28 Jahren erhoben worden – und zwar im Nord-Süd Bericht unter dem Vorsitz des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Willi Brandt. Als es 1981 in Nairobi erstmals eine UN Konferenz über erneuerbare Energien gab, wurde eine solche Agentur in der Abschlussresolution empfohlen. Aber diese Empfehlung blieb unbeachtet. Stets hieß es, wenn daran erinnert wurde, dass die vorhandenen UN Organisationen diese Aufgabe der Förderung erneuerbarer Energien übernehmen wollten.

Dabei war es immer dringlicher geworden, international ein besonderes Augenmerk auf erneuerbare Energien zu legen. Die Ölkrise von 1973 führte allen vor Augen, dass das Ölzeitalter nicht ewig währt. Um aber die Versorgungssicherheit mit fossilen Energien sicherzustellen, haben die OECD-Länder die Internationale Energieagentur (IEA) gegründet. Auch diese ist keine UN Organisation - manche nennen sie den „Klub der Reichen“. Mit der IEA war damit eine dritte internationale Regierungsorganisation entstanden, und alle drei leisteten ihren Beitrag beim Unterschätzen der erneuerbaren Energien.

Zwar haben nach der Ölkrise die meisten Industrieländer erste Forschungs- und Entwicklungsprogramme für erneuerbare Energien gestartet. Aber Priorität in der Energieforschung hatte dies bisher nirgendwo. Als Anfang der 80er Jahre die Ölpreise wieder ein niedriges Niveau erreichten, wurden in den meisten Ländern die noch jungen Programme für erneuerbare Energien wieder verkleinert.

Doch die Zeit zwischen den 70er und 90er Jahren ist in unseren Gesellschaften davon geprägt, dass sowohl die Atomenergie als auch die fossilen Energien immer umstrittener wurden. Stand in den 80er Jahren im Zusammenhang mit dem Reaktorunfall in Tschernobyl noch die Skepsis gegenüber der Atomenergie im Vordergrund, so war es seit dem Beginn der 90er Jahre zunehmend auch die fossile Energie, je alarmierender die Klimaberichte wurden. Doch die internationale Energiediskussion hat dies sehr spät erreicht, weil immer noch gedacht worden ist, dass es zu fossilen und atomaren Energien keine ernsthafte Alternative geben könnte.

Dies ist gedacht worden, obwohl immer wieder wissenschaftliche Berichte erschienen, die die Möglichkeiten einer vollständigen Versorgung mit erneuerbaren Energien aufgezeigt haben. Sei es eine Studie der Union of Concerned Scientists in den USA im Jahr 1979, eine Studie des Club de Bellevue (einer Initiative von Wissenschaftlern aus den führenden französischen Forschungsinstitutionen) oder eine Studie über Europa des Institute of Applied Systems Analysis in Laxenburg. Insgesamt zeigen diese Hinweise, dass das Fehlen einer internationalen Agentur für erneuerbare Energien erklären hilft, warum diese Energien so lange vernachlässigt worden sind.

Im Jahr 1990 hat die Europäische Vereinigung für erneuerbare Energien EUROSOLAR, deren ehrenamtlicher Präsident ich neben meiner capacity as member of parliament bin, das erste ausführliche Memorandum zur Gründung einer IRENA erarbeitet und international bekannt gemacht. Dieses Memorandum stellte ich auf Einladung von Ahmedou Ould-Abdallah, dem damaligen Energiebeauftragten des UN Generalsekretärs, im UN-Hauptquartier in New York vor. Darauf richtete der damalige UN Generalsekretär Perez de Cuellar eine Task Force ein, die UNSEGED,

United Nations Solar Energy Group on Environment and Development. Auch diese kam unter dem Vorsitz von Prof. Thomas Johansson zu der Empfehlung, dass eine internationale Agentur für erneuerbare Energien notwendig sei. Dieser Vorschlag zielte auf die Rio-Konferenz von 1992 mit der Erwartung, dass von dieser die Agentur eingerichtet werden könnte. Im Mai 1990 (1991 ?) fand in Washington die Interparliamentary Conference on the Global Environment statt. Eingeladen hatte der amerikanische Senat, den Vorsitz hatte Al Gore. Auf dieser Konferenz habe ich vorgeschlagen, dass sie sich der Forderung nach dieser Agentur anschlieÙ. Dies geschah in einer einstimmig verabschiedeten Resolution.

Doch alle diese Bemühungen hatten keinen Erfolg. Stets gab es unterschiedlich motivierte Ablehnungen. Da war die Ablehnung aus vorhandenen internationalen UN-Organisationen, die teilweise auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien tätig sind, wenn auch mit geringen Kapazitäten. Da gab es die Ablehnungen der OPEC-Länder, die in erneuerbaren Energien eine potenzielle Konkurrenz sehen. Und dann gab es die Ablehnungen anderer, weil sie die erneuerbaren Energien für nicht relevant genug hielten um eine darauf konzentrierte Regierungsorganisation zu schaffen. Und es gab natürlich auch die Ablehnung durch die vorhandenen Energieagenturen.

Aber niemand kann übersehen, dass alle diese Ablehnungsgründe nicht erklären können, wie denn anders als durch eine IRENA die internationale Orientierung auf erneuerbare Energien so verstärkt werden könnte, wie es nötig ist. Deswegen muss man auf die oft gestellten Fragen: „Warum ist eine IRENA nötig?“ oder „Was ist der Mehrwert einer IRENA?“ mit den Gegenfragen antworten: „Warum soll eine IRENA nicht nötig sein wenn man eine internationale Atomenergie oder eine internationale Energieagentur für nötig hält?“. Oder die Frage: „Was riskieren alle an Werten, wenn wir den Weg zu erneuerbaren Energien nicht rechtzeitig einschlagen?“.

Ich habe über viele Jahre hinweg in vielen Reden, auf vielen internationalen Konferenzen, in vielen Ländern immer für den Gedanken einer IRENA geworben. Stets war die Voraussetzung für ihre Entstehung, dass eine oder mehrere Regierungen die Initiative ergreifen und es zu einer coalition of like minded countries kommt. Ein wesentliches Datum hin zu dem nun konkret anlaufenden Prozess zur

Gründung der IRENA war 2004 das Internationale Parlamentarierforum Erneuerbare Energien, zu dem der Deutsche Bundestag weltweit eingeladen hatte und das parallel zur Regierungskonferenz „renewables2004“ stattfand. 300 Parlamentarier aus 70 Ländern nahmen an der Konferenz unter meinem Vorsitz teil. In der Final Resolution heißt es: „Promoting renewables requires new institutional measures in the field of international cooperation. To facilitate technology transfer on renewables and energy efficiency and to develop and promote policy strategies, the most important institutional measure is to establish an International Renewable Energy Agency (IREA), which should be set up as an international intergovernmental organization. Membership would be voluntary, and all governments should have the opportunity to join at any time. The Agency’s primary tasks would be to advise governments and international organizations on the development of policy and funding strategies for renewables use, to promote international non-commercial technology transfer, and to provide training and development.“.

Diese Initiative hat mit dazu beigetragen, dass es zu einem Programmpunkt der Deutschen Bundesregierung wurde, die Initiative für IRENA international zu ergreifen. Heute starten wir mit der ersten Vorbereitungskonferenz in die letzte Runde hin zur Gründung.

Ich bin sicher, dass die Zahlen der Mitgliedsländer schnell anwachsen wird, wenn die IRENA einmal gegründet ist und ihre Arbeit begonnen hat. Mit der IRENA kann und muss weltweit der Weg zu erneuerbaren Energien verkürzt und auf diesem das Tempo beschleunigt werden. Wir können jetzt schon sicher sein, dass deshalb die Gründung der IRENA ein historisches Datum sein wird.